

Aufbruch mit der Sozialdemokratie

*Unsere Antwort auf den Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD:
Ein fortschrittlicher Gesellschaftsentwurf als Zukunftsprojekt*



Der 24. September 2017 war ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Nach dem historisch schlechtesten Ergebnis bei einer Bundestagswahl war für die gesamte Partei klar: Ein Weiter-so darf es nicht geben. In den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Debatten rückten deshalb die grundsätzliche Forderung nach einer Erneuerung der SPD sowie die Absage an eine Wiederauflage der Großen Koalition. Als die Parteiführung noch am Abend des 24. Septembers eine Fortführung der abgewählten Regierung ausschloss, wusste sie eine deutliche Mehrheit in der Partei hinter sich. Daraufhin schlossen sich wochenlange Verhandlungen der Union mit der FDP und den Grünen an, die schließlich erfolglos beendet wurden. Die SPD-Führung blieb zu diesem Zeitpunkt bei ihrer Haltung, bestätigte ihr Nein zu einer Großen Koalition durch einen erneuten und einstimmigen Beschluss im Parteivorstand. Sie entsprach damit der weitverbreiteten Meinung in der Partei, dass die SPD eine inhaltliche, strategische und personelle Neuaufstellung braucht und als stärkste Oppositionskraft den Kampf gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck aufnehmen muss.

Nach einer spektakulären und bis heute kaum nachvollziehbaren Kehrtwende wenige Tage nach eben jenem einstimmigen Beschluss entschied man sich allerdings dazu, unter dem Deckmantel der „Ergebnisoffenheit“ doch Gespräche mit der Union zur Bildung einer Großen Koalition aufzunehmen. Das Ergebnis der Sondierungsverhandlungen zeigte bald sehr klar: Mit dieser Großen Koalition wird es keine Antworten auf die Fragen unserer Zeit geben. Mit der Bekanntgabe des Koalitionsvertrages bestätigte sich nun dieser

Eindruck. Die dritte Große Koalition innerhalb der letzten zwölf Jahre hat offenkundig nicht den Anspruch, die Herausforderungen unserer Gesellschaft anzugehen, sondern wird bestenfalls ein Reparaturbetrieb für aktuelle Schieflagen und Probleme sein. Das ist zu wenig für den politischen Anspruch der Sozialdemokratie und ihrer Mitglieder.

Wir bekräftigen unsere Position der letzten Tage und Wochen: **Trotz nicht in Frage stehender Verhandlungserfolge und konkreter Verbesserungen für die Menschen ist eine erneute Große Koalition aber auch ein Bekenntnis zu Weiter so, Aussitzen und Vertagen von Problemen in den nächsten vier Jahren.** Und auch den kleinen Verbesserungen stehen deutlich größere und komplexe Probleme gegenüber. Der Koalitionsvertrag manifestiert bestehende gesellschaftliche Interessengegensätze, drückt sich aber um eine politische Bewertung und Schlussfolgerungen. Damit ist die Große Koalition – getrieben von der Verweigerungshaltung der Union – ein Nein zu gesellschaftlichem Zusammenhalt, ein Nein zu Aufbruch und Fortschritt und sie ist ein Nein zu einem zukunftsgerichteten Politikentwurf. Die Große Koalition ist der Programm gewordene Ausdruck der Angst vor dem Unvorhersehbaren. Wir wollen dem ein Ja gegenüberstellen: Ein Ja zu einem Aufbruch in der SPD mit einer programmatischen Erneuerung, die den Menschen in unserer Gesellschaft wieder einen unterscheidbaren Politikentwurf zur Abstimmung stellt. **Unsere Antwort auf diesen Koalitionsvertrag heißt Mut zur Unterscheidbarkeit.**

In den letzten Wochen haben wir immer wieder gehört, in der derzeitigen Situation gäbe es bloß eine Entscheidung zwischen dem Eintritt in die Große Koalition und Neuwahlen. Aber die Behauptung, es gäbe nur diese beiden Optionen, ist falsch. **Es gibt keinen Automatismus für Neuwahlen.** Im Gegenteil: Als das Grundgesetz verfasst wurde, setzten dessen VerfasserInnen bewusst hohe Hürden für Neuwahlen.

Das Grundgesetz sieht (in Artikel 63) einen eindeutigen Prozess vor: Der Bundespräsident schlägt eine Person zur Wahl als BundeskanzlerIn vor; erreicht sie die absolute Mehrheit nicht, kann der Bundestag selber innerhalb von 14 Tagen eineN BundeskanzlerIn wählen. Erreicht auch diese Person innerhalb dieser Frist keine Mehrheit, findet ein weiterer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer auch immer die meisten Stimmen erhalten hat. Daraufhin wird diese Person vom Bundespräsidenten ernannt; geschieht das nicht, kommt es – aber auch erst dann – zu Neuwahlen.

Vor Neuwahlen stehen zahlreiche Möglichkeiten, eine Minderheitsregierung zu bilden. Davon zu sprechen, dass Neuwahlen die einzige Alternative zu einer Großen Koalition seien, missachtet also eindeutig die Vorstellungen, die im Grundgesetz niedergeschrieben sind. Und dass im Falle einer Großen Koalition mit der AfD eine erklärtermaßen gegen die Verfassung arbeitende Partei die Rolle bekäme, die größte Widersacherin der Regierung im Parlament zu sein, spricht auch nicht gerade für eine erneute Koalition mit der Union.

Fast 25.000 Menschen haben in den letzten Wochen durch ihren Eintritt in die SPD gezeigt, dass sie diesen Aufbruch wollen und dabei auf die Sozialdemokratie hoffen. **Wir glauben, dass ein Aufbruch und eine Neuaufstellung der Sozialdemokratie möglich sind, wenn sie es schafft, Fragen unserer Zeit zu beantworten und so ein wirkliches Fortschrittsprojekt zu begründen.** Dieses Fortschrittsprojekt muss die Menschen, ihre Lebenssituation, ihre Hoffnungen und Fähigkeiten ernstnehmen. Wir selber und nur wir selber sind es, die unsere Geschichte machen und unsere Gesellschaft gestalten. Statt uns nur in Abwehrkämpfen zu verlieren, wollen wir den Kampf für Fortschritt wieder aufnehmen und unsere Zukunft gestalten – auch über die kommenden vier Jahre hinaus.

Wir wollen daher dem Weiter-so der Großen Koalition einen Politikentwurf gegenüberstellen. Dieses Papier ist ein erster Aufschlag den wir gemeinsam mit unseren BündnispartnerInnen und ExpertInnen aus den verschiedensten Bereichen in den nächsten Woche diskutieren wollen.

Unsere gemeinsame Alternative: ein Fortschrittsprojekt als Antwort auf die Fragen unserer Zeit

Die Sozialdemokratie steht an einem geschichtlichen Wendepunkt.

Wir alle erleben tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen. Diese Veränderungen drücken sich unter anderem im Wandel der Arbeitswelt, der Globalisierung oder der zunehmenden sozialen Ungleichheit aus. Der Auftrieb reaktionärer Bewegungen und rechtspopulistischer Parteien zeigt deutlich, dass dieser Umbruch tiefgreifend ist und das Potential hat, unsere Gesellschaft zu spalten. Darauf muss die Sozialdemokratie eine zeitgemäße und fortschrittliche Antwort finden.

Ein fortschrittliches Projekt für Europa

Wie gelingt es uns, das historische Friedensprojekt Europa von einem an neoliberalen Glaubenssätzen und Markterfordernissen ausgerichteten Modell zu einem fortschrittlichen Projekt umzugründen, das allen BewohnerInnen Gerechtigkeit und allen Schutzsuchenden Sicherheit bietet?

Um das europäische Projekt ist es in diesen Tagen nicht gut bestellt. Die verschiedenen Krisen seit 2007 haben das Fundament der politischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union nachhaltig beschädigt. Dafür gibt es mehrere Ursachen und Gründe: Vor allem die sogenannte Euro-Krise und die europäische Austeritätspolitik haben die wirtschaftliche und soziale Schieflage in der Union verschärft und zu Ungerechtigkeiten geführt, die eine positive Identifikation mit der europäischen Idee kaum mehr möglich erscheinen lassen. Gerade der Süden Europas ist mit den Folgen einer dogmatischen Wirtschafts- und Finanzpolitik konfrontiert, die die Interessen und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger als nachrangig behandelt. Eben jene Länder sind es auch, die mit den Folgen der globalen Flucht- und Migrationsbewegungen am stärksten beschäftigt sind. Statt einer solidarischen Migrations- und Asylpolitik, die den vor Hunger, Tod und Zerstörung flüchtenden Menschen eine sichere Heimat bietet, setzt die EU auf Abschottung und nimmt damit den Tod Tausender sehenden Auges in Kauf. Diese Prozesse sowie jüngere Entwicklungen wie der Brexit oder das Erstarken autoritärer, demokratiefeindlicher und nationalistischer Bewegungen stellen die Sozialdemokratie vor die grundlegende Herausforderung, das bisherige Bekenntnis zu einem offenen und freien Europa mit neuem Leben zu füllen.

Kleinteilige Spiegelstrichdebatten und Reparaturen werden uns hier allerdings nicht weiterhelfen. Die SPD muss eine neue Idee für Europa entwickeln und die Begeisterung für das Friedens- und Zivilisationsprojekt wieder entfachen. Wir kämpfen für die Vision einer demokratischen Sozialunion, die in den **Vereinigten Staaten von Europa** aufgehen soll. Hierfür braucht es vor allem **die Einführung einer europäischen Sozialpolitik und eine grundsätzliche Umkehr in der europäischen Wirtschaftspolitik - vom neoliberalen Glauben an den Markt hin zu**

einer an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Wirtschaftsordnung, die wirtschaftliche Ungleichheiten in Europa aktiv bekämpft. Ein Europa, das schützt und Solidarität bietet, muss breiter ansetzen als mit undeutlich formulierten Plänen für Mindestlöhne, Grundsicherung oder Vermeidung von Steuerflucht. Notwendig ist eine konkrete Umsetzung sozialer Rechte durch ein Verfahren zur Vermeidung sozialer Ungleichgewichte in der EU, ein massives Investitionsprogramm für Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Steuerharmomisierung, der breit angelegte Kampf gegen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit durch einen umfassenden **europäischen Jugendplan** und nach Wirtschaftsleistung gestaffelte gemeinsame Standards in einem europäischen Sozialpakt.

Sollen sich die BürgerInnen der EU mit ihr identifizieren, muss die Zukunft der EU auf einem besseren Dialog zwischen den Institutionen und den BürgerInnen und einer demokratischen Kontrolle durch die Menschen beruhen. Die gegenwärtige Einrichtung der EU bleibt aber hinter demokratischen Grundsätzen zurück. Um dem entgegenzuwirken, braucht es mittelfristig einen neuen Verfassungsgebungsprozess, durch den **die EU zu einer Republik mit tatsächlicher Gewaltenteilung weiterentwickelt wird**, welche das Parlament zur starken Legislative macht, die Kommission zur Exekutive ausgestaltet und den Rat zu einer zweiten Gesetzgebungskammer der Regionen umbaut. Indem wir Projekte wie das Erasmus-Plus-Programm ausbauen, die einen Vorläufer einer EU-BürgerInnenschaft darstellen können, machen wir die Verständigung, die ein fortschrittliches Europa ausmacht, für mehr Menschen erlebbar. Gleichzeitig müssen Entscheidungsprozesse inklusiver und transparenter gestaltet werden, sodass Europa einen Ort darstellt, an dem die eigenen Rechte verstärkt und ausgebaut werden.

Nur durch Solidarität und politischen Willen zur Zusammenarbeit lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit, wie zum Beispiel die Migrationsgesellschaft, meistern. Deshalb brauchen wir eine **Neuordnung der Asyl- und Migrationspolitik, die die Verantwortung Europas ernstnimmt, Menschen auf der Flucht eine sichere Heimat zu bieten.** Es bedarf verbindlicher Standards der Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung in Bildungssysteme, Arbeitsmärkte und die Aufnahmegesellschaft. Gleichzeitig müssen legale und

sichere Fluchtwege geschaffen, ein gemeinsamer europäischer Schutzraum für Asylsuchende gebildet und der **Familiennachzug** unmittelbar ermöglicht werden. Die EU als Fortschrittsprojekt muss sich gegen reaktionäre Tendenzen zur Wehr setzen und das Instrument der Sanktionsmechanismen ausweiten, um Staaten, die das Rechtsstaatsprinzip oder Menschenrechte außer Kraft setzen wollen und RassistInnen und NationalistInnen hofieren, in die Schranken zu weisen.

Den Wandel der Arbeitswelt fortschrittlich gestalten - für eine Wirtschaft, die allen dient

Wie können wir den Wandel der Arbeitswelt so gestalten, dass er es uns ermöglicht, unsere Wirtschaft demokratisch für alle zu organisieren, und der technologische Fortschritt uns allen zugutekommt?

Die Grundlage für unser Zusammenleben gestalten wir durch unsere Arbeitstätigkeit und die Produktion all dessen, was wir in unserem Leben benötigen. Deswegen wälzt der Wandel der Arbeitswelt unsere gesamte Gesellschaft um. Neue Arbeitsorganisationsformen beruhen darauf, dass die Beschäftigten gelernt haben, ihre Arbeitstätigkeit gemeinsam und selbstständig in Gruppen oder Teams zu organisieren. Dabei setzen sie sich mit dem Verhältnis ihrer gemeinsamen Arbeitstätigkeit zur gesellschaftlichen Produktion auseinander. Neue Technologien und insbesondere die Digitalisierung gehen damit Hand in Hand und erweitern die Möglichkeiten, die sich uns heute bieten, stellen uns aber auch vor neue Herausforderungen. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist der steigende Druck auf die Beschäftigten, der dadurch hervorgerufen wird, dass die Unternehmensleitungen durch indirekte Steuerung, Ausweitung der Arbeitszeiten, ständige Überwachung, das Abbilden des Marktes innerhalb des Unternehmens, prekäre Beschäftigungsmodelle und vieles mehr die Fähigkeiten der Beschäftigten ihrem Profitinteresse unterzuordnen versuchen.

Die Antworten, die darauf bisher gegeben werden, werden dem nicht im Ansatz gerecht. Weder der einseitige (und zum Teil verklärte) Blick auf technologische Neuerungen im Zuge der Digitalisierung reicht dafür aus, noch können Versuche erfolgreich sein, den Wandel der Arbeitswelt aufzuhalten.

Unser aller Leben beruht auf unserer Wirtschaftstätigkeit, also müssen wir unsere Wirtschaft auch gemeinsam organisieren und an unseren Bedürfnissen ausrichten. Eine Wirtschaftsordnung, die nur an den Interessen Einzelner ausgerichtet ist, darf es in Zukunft nicht mehr geben! Was es dafür jetzt braucht, ist die Regulierung des Banken- und Finanzsektors und die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer.** Wir brauchen eine weltweite Wirtschaftsordnung, die wir daran ausrichten, was wir für unser Zusammenleben benötigen, wie wir mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig umgehen und wie wir durch unsere Produktion Einfluss auf gesellschaftliche Verhältnisse, zum Beispiel das Geschlechterverhältnis, nehmen. Alle diese Fragen dürfen nicht von einzelnen UnternehmenseigentümerInnen entschieden werden. Wir müssen die relevanten Entscheidungen über unser Zusammenleben und unsere Wirtschaft gemeinsam und demokratisch entscheiden.

Dafür brauchen wir eine **Demokratisierung der Arbeitswelt** und müssen darüber diskutieren, wie wir die Mitbestimmung der Beschäftigten auch auf die unternehmerischen Entscheidungen ausweiten können. Nur so können wir nicht nur den Profit, sondern auch soziale, ökologische und andere Belange in unserer Produktion beachten. Die Mitbestimmung muss auch auf neue Arbeitsorganisationsformen wie Crowd- und Plattformworking ausgeweitet werden. Auch die Einbeziehung neuer Technologien in den Produktionsablauf mussvoll mitbestimmungspflichtig sein. Ihre Arbeitstätigkeit muss allen Beschäftigten ein ausreichendes Einkommen bieten. Wir müssen unmittelbar sachgrundlose Befristungen und Schein-Werkverträge abschaffen und befristete Arbeitsverträge zur absoluten Ausnahme machen. Sämtliche Sanktionen zur Gängelung Arbeitsloser im Rahmen der Hartz-Gesetze müssen wir abschaffen, die Sozialgesetzbücher grundlegend verändern. **Wir brauchen eine Arbeitsversicherung, die Menschen dabei unterstützt, sich ihr Leben lang weiterzubilden,** und die sie auffängt, wenn sie einmal kein Beschäftigungsverhältnis haben. Die Beschäftigten müssen in der Lage sein, ihr Beschäftigungsverhältnis mit ihrem Leben zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeiten müssen bedeuten, dass wir neben unserer Arbeitstätigkeit noch genügend Zeit für Familie, FreundInnen, Ehrenamt und Freizeit haben. Wir müssen

sicherstellen, dass massenhafte Überwachung von Profilen und Daten, insbesondere zur wirtschaftlichen Nutzung, nicht zur Maxime werden, sondern wir die Kontrolle über unser eigenes Leben und unsere Lebensgestaltung haben.

Für ein gutes Leben für alle

Wie schaffen wir es, den Reichtum, den wir zusammen erwirtschaften, gerecht zu verteilen und wie müsste bspw. ein Sozialsystem aussehen, das es uns allen ermöglicht, ein sicheres und gutes Leben zu führen?

Die Vermögensverteilung in unserer Gesellschaft ist aus den Fugen geraten. Laut einer Studie des DIW besitzen die 45 reichsten Familien so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. **Wir müssen Vermögen umverteilen.** Die bestehende und sich verschlimmernde Ungleichheit ist ungerecht und sie gefährdet den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Sozialdemokratie ist hier in der Pflicht und muss sich für ein gerechtes Steuersystem einsetzen, das nach Leistungsfähigkeit besteuert: Wir wollen einen **höheren Spitzensteuersatz**, einhergehend mit steigenden Bemessungsgrenzen. Das Existenzminimum muss steuerfrei sein, daher ist eine Erhöhung des Grundfreibetrags notwendig. Und um notwendige Umverteilung zu ermöglichen, müssen **hohe Vermögen konsequent besteuert** werden. Eine rechtssichere Wiedereinsetzung der Vermögensteuer kann dafür ebenso ein geeignetes Instrument sein, wie angemessene Steuern auf hohe Erbschaften bei gleichzeitig konsequentem Abbau unbegründeter Ausnahmetatbestände. Nach dem Armutsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes steigt die Zahl der von Armut betroffenen Personen immer weiter an. Die Einkommensarmut trifft so inzwischen rund 13 Millionen Menschen in Deutschland. Besonders davon betroffen sind Kinder- und Jugendliche, Alleinerziehende und ältere Menschen. Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, die Situation gerade auch von diesen Menschen zu verbessern. Das funktioniert nur mit einem Sozialsystem, das allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Um die Sozialversicherungen zu stärken, wollen wir den Personenkreis der Sozialversicherungen auf alle Erwerbsformen ausweiten.

Das bisherige Kindergeld und den Kinderfreibetrag wollen wir im Rahmen einer

Kindergrundsicherung bündeln und auf Basis des jeweiligen Grenzsteuersatzes abschmelzen, sodass GeringverdienerInnen und ihre Kinder endlich angemessen profitieren.

Teil der Sozialpolitik muss auch die Bildungspolitik sein. Bildung entscheidet wie kaum etwas anderes über die individuellen Lebens- und Erfolgchancen. Der sozioökonomische Hintergrund und das Elternhaus haben in der Bundesrepublik aber nach wie vor einen maßgeblichen Einfluss auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Daher fordern wir **eine massive Investitionsoffensive für Bildung, Ausbildung und Wissenschaft, Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Meister oder Master und eine grundlegende Reform des Bildungs- und Wissenschaftssystems.** Die bildungspolitischen Spiegelstrichdebatten der Vergangenheit können den Umstand nicht verdecken, dass sich unsere Gesellschaft ein Ausmaß an Ungleichheit im Bildungssektor leistet, das aus der Perspektive der Betroffenen weder förderlich noch wünschenswert ist. **Der Bildungsföderalismus muss dringend reformiert werden und künftig wieder mehr Einheitlichkeit im Bildungssystem ermöglichen.**

In der Gesundheits- und Pflegepolitik brauchen wir eine Versicherung für alle, die dazu führt, dass eine gleich gute Behandlung aller PatientInnen je nach Bedarf erfolgt. Das Pflege- und Gesundheitssystem muss so umgebaut werden, dass eine flächendeckende Versorgung mit hoher Qualität zur Verfügung gestellt wird, die sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Eine **Pflegevollversicherung** könnte eine Lösung sein. Der Gesundheitsbereich darf nicht der Profitorientierung zum Opfer fallen. Daher treten wir für eine **Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand** ein. Privatisierungen sind daher zu stoppen und rückgängig zu machen.

In der Rentenpolitik muss der Schwerpunkt auf eine **allgemeine, gesetzliche Rentenversicherung** gelegt werden. Diese muss eine lebensstandardsichernde Versicherung im Alter sein. Dafür ist es dringend notwendig, eine weitere Senkung des Rentenniveaus zu verhindern und das Niveau wieder deutlich über 50 Prozent zu stabilisieren. Beitragsfremde Leistungen wie die Mütterrente müssen durch Steuerzuschüsse vollständig ausgeglichen werden. Es ist eine Abkehr von der staatlich geförderten privaten

Vorsorge in Form der Riester-Rente notwendig, da diese Art der Rentenvorsorge für weite Teile der Bevölkerung keine Verbesserung bringt.

Für eine freie und offene Gesellschaft

Wie begegnen wir dem Vormarsch der politischen Rechten wirksam und bekämpfen gemeinsam alle Versuche, Einzelgruppen zu diskriminieren oder unsere erkämpften Freiheiten einzuschränken und wie erkämpfen wir neue Freiheiten wie die lange überfällige Gleichstellung der Geschlechter?

Viele gesellschaftliche Fortschritte, die in den letzten Jahrzehnten mühsam erkämpft wurden, sind bedroht. Reaktionäre Bewegungen machen Stimmung gegen sexuelle Freiheiten, die reproduktive Selbstbestimmung und die Gleichstellung der Geschlechter. Law-and-order-Rhetorik hat bei allen Parteien Einzug gehalten und die Überwachung unseres alltäglichen Lebens ist allgegenwärtig. Rassistische Übergriffe sind an der Tagesordnung und rechtsradikales und rechtspopulistisches Gedankengut wird immer gesellschaftsfähiger.

Das wollen wir nicht hinnehmen. **Wir müssen unseren Kampf für Freiheit weiterführen und neue Freiheiten erkämpfen.** Wir wollen, dass Schluss ist mit Sexismus. Schluss mit der Diskriminierung von Menschen, weil sie so leben, lieben und begehren, wie sie es wollen. Und endlich Schluss mit sexualisierter Gewalt!

Unsere Politik muss sich daran messen lassen, ob konkret etwas für die **Gleichstellung der Geschlechter** unternommen wird. Wir brauchen endlich ein Gesetz, das dafür sorgt, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die bisherigen Änderungen im Sexualstrafrecht wirksam zum Tragen kommen. Reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung müssen dringend gestärkt werden. Hierfür wird es zwingend notwendig sein, weitere Gesetzesparagrafen zu reformieren oder zu streichen. Für uns gehört dazu z.B. der Paragraph 219a oder das so genannte Transsexuellengesetz. Außerdem brauchen wir eine Familienpolitik, die insbesondere Familien mit wenig Einkommen unterstützt und außerdem dazu beiträgt, antiquierte Familienbilder aufzubrechen. Hierzu muss zum Beispiel das Kindergeld endlich ans Einkommen gekoppelt werden

und das Elterngeld weiterentwickelt werden. **Eine offene und freie Gesellschaft bedeutet für uns auch, dass in ihr alle Menschen einen Platz finden und in Frieden leben können.** Wir wollen deshalb eine eigenständige Migrationspolitik, die nicht nur auf Zuruf von Rechts reagiert. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund wollen wir stärken. Viele Menschen in Deutschland leisten ehren- und hauptamtlich wichtige Integrationsarbeit. Dieses Engagement erkennen wir als wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt an. Staatliche Aufgaben dürfen jedoch nicht in ehrenamtliche Strukturen ausgelagert werden. Unsere Gesellschaft muss sich daran messen lassen, welche Chancen sie Menschen einräumt. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz, das allen Menschen die Chance gibt zu uns zu kommen. Zu einer menschenwürdigen Politik für Geflüchtete gehören für uns neben vielen weiteren Maßnahmen ein ungedeckelter Familiennachzug ebenso wie sichere Fluchtwege.

Dem **Rassismus, der in unserer Gesellschaft Auftrieb erhält, muss konsequent begegnet werden.** Menschen, die hier Schutz suchen, müssen auch konsequent geschützt werden. Rassistische Gewalt müssen wir bekämpfen und strukturellem Rassismus entgegenreten. Offensichtliche Missstände wie Racial Profiling müssen endlich angegangen werden.

Wir wollen eine Politik, die Menschen Freiräume lässt. BürgerInnenrechte ernstnehmen heißt für uns: weniger Überwachung und mehr Prävention. Über 500 untergetauchte, per Haftbefehl gesuchte Nazis müssen gefasst werden. Das hat für uns Vorrang vor der Überwachung von linker Jugendkultur durch den Verfassungsschutz.

Feministische, antirassistische und antifaschistische Kämpfe, ebenso wie der Kampf darum, einen Platz in dieser Gesellschaft zu finden, mögen an unterschiedlichen Orten geführt werden, aber sie kommen zusammen in ihrem Ziel einer freien und gleichen Gesellschaft.

Klima & Umwelt

Wie gelingt uns ein radikaler Bruch in der Klima- und Umweltpolitik, der kurzfristig die Ursachen des Klimawandels einzudämmen versucht und langfristig eine Wirtschaftsordnung anstrebt, die Ressourcen schont, nachhaltig wirtschaftet und unsere Lebensgrundlage auf Dauer bewahrt?

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Er bedroht nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in vielen Ländern. Im Kern handelt es sich nicht allein um eine ökologische, sondern vor allem um eine Gerechtigkeitskrise, der wirkungsvoll begegnet werden muss. Bereits heute leiden Millionen von Menschen vor allem im globalen Süden unter den Auswirkungen des Klimawandels, an die sie sich nur noch schwer anpassen können. **Weltweit wird ersichtlich, dass unsere bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung an ihre ökologischen Grenzen stößt bzw. sie bereits überschritten hat.** Der Living Planet Report kommt zum Schluss, dass die Menschheit bei anhaltend hohem Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2030 zwei Planeten und bis 2050 knapp drei Planeten bräuchte, um ihre Bedarfe zu decken. Hier braucht es also eine schnelle Wende.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist heute stark umkämpft. Auf der einen Seite bestreiten reaktionäre Kräfte und rechtspopulistische Parteien den Klimawandel. Auf der anderen Seite werden sich immer mehr Menschen der Endlichkeit unserer Ressourcen bewusst und versuchen, dem durch individuelles Konsumverhalten gegenzusteuern und der Kampf derjenigen, die sich der Endlichkeit unserer Ressourcen bewusst sind, wird heftiger.

Wir müssen dem Klimawandel gemeinsam entschieden entgegentreten und konkrete Maßnahmen zeitnah umsetzen. Im Zentrum steht dabei **der Umbau des Energiesektors von fossilen hin zu nachhaltigen und erneuerbaren Energiequellen.** Bekenntnisse zu den Sustainable Development Goals und dem Pariser Klimaabkommen sowie die gesetzliche Verankerung klimapolitischer Maßnahmen können hierbei nur einen ersten Schritt darstellen. Aber auch ein bewusstes Konsumverhalten und Fragen nach einer nachhaltigen Gestaltung unserer Landwirtschaft, unseres

Verkehrs oder unserer Stadtentwicklung müssen beantwortet werden. Auch in der Atompolitik ist viel zu tun. Die Umsetzung des Konzeptes für den deutschen Atomausstieg ist nicht genug, wir brauchen ein europäisches Konzept – nur so kann der Ausstieg nachhaltig gelingen und Versorgungssicherheit, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Umweltverträglichkeit europaweit gewährleistet werden. Gleichzeitig muss die Frage nach der Endlagerung von Atommüll endlich geklärt werden.

Um uns wirksam mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen, brauchen wir einen gemeinsamen und bewussten Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Wir müssen also unsere Produktion und unseren Verbrauch als gemeinsamen bewusst organisieren, statt die Entscheidungen über unsere Produktion Einzelnen und ihren Profitinteressen zu überlassen. **Eine sozial-ökologisch ausgerichtete Veränderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen** muss ein bewusstes Verhältnis zu unseren Lebensgrundlagen entwickeln und dessen soziale Dimension, das heißt ihre Auswirkungen auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse beachten. Entwickeln wir kein bewusstes gemeinsames Verhältnis zu unseren natürlichen Lebensgrundlagen, steht unser aller Lebensgrundlage auf dem Spiel.

Innerparteiliche Demokratie und Neuaufstellung der SPD

Nur wenn die SPD diese und weitere gesellschaftliche Interessengegensätze in den Blick nimmt und einen Politikentwurf erarbeitet, der Antworten auf die Fragen unserer Zeit formuliert, kann sie glaubhaft die Interessen derjenigen vertreten, die derzeit nicht vertreten werden, und die Partei für diejenigen sein, für die es heute keine Lobby gibt. Heute wissen acht von zehn Menschen nicht mehr, was die SPD meint, wenn sie von sozialer Gerechtigkeit, dem Kernthema der Sozialdemokratie, spricht. Die Gründe dafür liegen nicht zuletzt in der Politik der SPD in der Vergangenheit, die sich in Teilen gegen jene Menschen wandte, für die sie vorgab, politisch einzustehen. **Der Bruch mit der Politik des Dritten Weges und der Neuen Mitte wird nicht durch Worte, sondern durch Taten geschehen müssen.** Die SPD muss sich zudem vom Glauben verabschieden, dass sie durch eine Orientierung an Umfragewerten für WählerInnen wieder attraktiv werde und stattdessen um Hegemonie kämpfen. Die letzten Jahre

haben mehrfach gezeigt, dass Politikentwürfe, die alle Menschen adressieren sollen, am Ende niemanden erreichen. Will die SPD einen gesellschaftlichen Aufbruch verkörpern, darf sie ihre Politik nicht an Demoskopie orientieren, sondern daran, was sozialdemokratisch ist. An die Stelle von Mutlosigkeit, vermeintlichen Sachzwängen und der Angst, das Falsche zu tun, muss wieder die Hoffnung treten, dass die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden können.

In welche Richtung die SPD und ihr politisches Programm entwickelt werden sollen, können wir nur gemeinsam erarbeiten. Wir Jusos wollen mit diesem Papier eine breite und vor allem offene Diskussion in der Sozialdemokratie anstoßen. **Was die SPD stark machen kann, ist, wenn an jedem Ort in der Partei über Inhalte und unseren sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf gestritten wird.** Dafür muss die Willensbildung in der SPD aber wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Zu oft haben wir in den letzten Jahren erlebt, dass die zentralen Richtungsentscheidungen der Partei im Präsidiumssaal oder im Büro des Parteivorsitzenden aus der Taufe gehoben und dann dem Parteitag zum Abnicken vorgelegt wurden. Auf den Bundesparteitagen wurden in aller Regel die Initiativanträge des Parteivorstandes diskutiert, zahlreichen Anträgen aus den Ortsvereinen und anderen Gliederungen wurde kaum Platz eingeräumt. So kann und so darf unsere Partei nicht länger funktionieren. Die Ortsvereine und Gliederungen vor Ort sind die Sensoren der Sozialdemokratie in der Breite der Gesellschaft. Sie greifen die Stimmungen und Probleme der Menschen auf, setzen sich mit der politischen Situation vor Ort auseinander und sollten folglich auch im politischen Alltag unserer Partei eine größere Rolle spielen. Deshalb sprechen wir uns für einen Diskussionsprozess aus, der alle Parteimitglieder und Strukturen einbezieht, gerechte Teilhabe aller ermöglicht und Raum lässt, um alte Gewissheiten und verkrustete Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Mehr Diskussionen einfordern kann man aber nur, wenn man sich auch aktiv in die Debatte einbringt, aufsteht, mitdiskutiert und Anträge stellt. **Ein Ergebnis eines solchen Prozesses muss unter anderem ein neues Grundsatzzprogramm für die Sozialdemokratie sein.**

Eine der grundlegenden Fragen, die sich für die SPD für die kommenden Jahre stellt, ist dabei die

nach ihrer strategischen Ausrichtung im Parteienspektrum der Bundesrepublik. Derzeit gibt es im Bundestag eine bürgerlich-konservative Mehrheit. Das erste Mal seit dem Sieg über Deutschland 1945 sitzen wieder als solche organisierte Nazis und RassistInnen im Reichstags-Gebäude. Darauf müssen die fortschrittlichen Parteien, die aktuell im Parlament in der Minderheit sind, eine gemeinsame Antwort finden. Aber auch das Lager der fortschrittlichen Parteien hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert: Die Grünen versuchen sich als Volkspartei aufzustellen, die die linksliberale Mittelschicht anspricht und die Fahne der Freiheit vor sich herträgt. Und die Linke präsentiert sich als eine Partei, die noch viele strategische und inhaltliche Fragen für sich beantworten muss. Gleichzeitig behauptet sie, mehr als die SPD für soziale Belange und Gerechtigkeit einzustehen. Zwischen beiden steht die SPD, die sich als die Partei aller, die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, aufstellen kann – und damit einen Knotenpunkt darstellt, um den sich alle Kämpfe für den Fortschritt formieren. Die SPD muss diese Rolle einnehmen und selbstbewusst ausfüllen. Und sie kämpft an der Seite aller, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Sexismus einstehen. Die Verteidigung der Freiheiten, die wir errungen haben, und der Kampf für neuen Freiheiten, für Gerechtigkeit und wirklichen Fortschritt ist die Grundlage, auf der ein gesamtgesellschaftliches Fortschrittsprojekt gelingen kann. – Und könnte auch die **Grundlage für ein rot-rot-grünes Regierungsprojekt** in den kommenden Jahren sein. Die Vorbereitung eines solchen Regierungsprojektes kann aber nur im Rahmen eines institutionalisierten Austausches auf Ebene der Parteispitzen erfolgreich sein.

Nochmal vier Jahre Zögern und Unsicherheit mit der GroKo? Aufbruch! Für einen gesellschaftlichen Fortschritt

Wir können uns den gesellschaftlichen Umwälzungen, in denen wir uns gerade befinden, nicht entziehen. Die Spannungs- und Problemfelder, die der gesellschaftliche Wandel eröffnet, und die wir oben skizziert haben, verstärken sich heute und der Druck auf uns alle nimmt zu. Wir müssen Antworten auf diesen Wandel finden und können uns nicht mit der Haltung zufriedengeben, dass sich durch Abwarten und Aussitzen von selbst eine Auflösung dieser Widersprüche ergibt. Im Gegenteil, die Unsicherheiten und Spannungen werden zunehmen.

Die Debatten über die Zukunft von Gesellschaft und Sozialdemokratie wollen wir nicht alleine, sondern gemeinsam mit allen SozialdemokratInnen und unseren BündnispartnerInnen innerhalb sowie außerhalb der SPD führen. Die Geschichte unserer Partei zeigt uns, dass die Sozialdemokratie immer dann stark war, wenn sie im Zentrum vieler gesellschaftlicher Bewegungen stand. Sie stellt auch heute für Viele mit unterschiedlichen Hintergründen einen wichtigen Bezugspunkt dar. Die Aufmerksamkeit und Kritik, die die SPD erfährt, zeigen doch, dass viele Menschen Erwartungen an sie haben. Die Agenda-Reform Anfang des Jahrtausends war ein Bruch im Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Auch wenn sich dieses seitdem wieder etwas verbessert hat, muss die Zusammenarbeit auf allen Ebenen weiter gestärkt werden. Neben den Gewerkschaften muss sich die SPD auch für andere, jüngere Bewegungen öffnen. Diese finden häufig keinen Anschluss an unsere Partei. Das wollen wir ändern. Und als Jusos schreiben wir uns dafür eine Scharnierfunktion zu. **Die Sozialdemokratie kann der Ort sein, an dem die vielfältigen Bemühungen und Bewegungen für den Fortschritt zusammenkommen und sich solidarisieren – wenn sie die wichtigen Fragen unserer Gesellschaft auf der Höhe der Zeit diskutiert.** Wir wollen gemeinsam die Sozialdemokratie auf die Höhe der Zeit bringen.

Darum werden wir nach dem Votum über den Koalitionsvertrag BündnispartnerInnen zu gemeinsamen Gesprächen über einen fortschrittlichen Gesellschaftsentwurf einladen.

Anhand unserer Antwort auf den Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD wollen wir die gesellschaftlichen Widersprüche und Chancen unserer Zeit diskutieren und ein gemeinsames Fortschrittsprojekt erarbeiten. Zu einem ersten Auftakttreffen für diese Gespräche werden wir noch vor Ostern einladen. Wir kämpfen gegen die Große Koalition, weil das Aussitzen der gesellschaftlichen Interessengegensätze falsch ist. Aber die SPD-interne Auseinandersetzung um die Große Koalition ist ein Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Kämpfe um eben diese Interessensgegensätze. Bei der Großen Koalition und der Auseinandersetzung darum in der SPD zeigt sich im Kleinen, was sich gerade im Großen in unserer Gesellschaft abspielt. Wir begreifen unseren Kampf gegen die Große Koalition als einen Teil gesamtgesellschaftlicher Kämpfe für Freiheit und Gerechtigkeit. In diesen Kämpfen sind wir gemeinsam mit unseren BündnispartnerInnen Teil einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung. Und wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Bewegung für einen gesellschaftlichen Aufbruch und wirklichen Fortschritt.

**Mut zum Aufbruch.
Kämpfen wir gemeinsam für Freiheit und Gerechtigkeit –
für wirklichen Fortschritt.**